



**Vertragsbedingungen  
Schülerbeförderung Gemeinde Poing“**

## VERTRAG

---

Dieser Vertrag wird mit Zuschlagserteilung in dem Vergabeverfahren „Schülerbeförderung Gemeinde Poing“

zwischen den folgenden Unternehmen geschlossen:

Gemeinde Poing, Rathausstraße 3, 85586 Poing, vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Thomas Stark

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ -

und

### **Firma**

Straße, PLZ Ort

(Name und Anschrift des Auftragnehmers)

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ -

## INHALTSVERZEICHNIS

---

§ 1	Geltungsbereich .....	4
§ 2	Vertragsgrundlagen.....	4
§ 3	Leistungsumfang des Auftragnehmers .....	4
§ 4	Pflichten des Auftragnehmers/Vertragsdurchführung.....	5
§ 5	Personal .....	7
§ 6	Vergütung.....	8
§ 7	Leistungsänderungen .....	9
§ 8	Behinderung des Auftragnehmers.....	10
§ 9	Haftung /Versicherungen .....	10
§ 10	Geheimhaltung .....	11
§ 11	Datenschutz und Sicherheit .....	12
§ 12	Herausgabe von Materialien.....	12
§ 13	Laufzeit und Kündigung .....	13
§ 14	Zurückbehaltungsrecht, Aufrechnungsrecht .....	14
§ 15	Arbeitnehmerüberlassung .....	14
§ 16	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz .....	15
§ 17	Diversity Management .....	15
§ 18	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.....	15
§ 19	Schlussbestimmungen .....	15

## **§ 1 GELTUNGSBEREICH**

---

- (1.) Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten für die Beförderung (An- und Abfahrt) der beförderungsberechtigten Schüler/innen der Anni-Pickert-Grund- und Mittelschule sowie der Grundschule an der Karl-Sittler-Straße an allen Unterrichtstagen nach Maßgabe dieses Vertrags und dem Leistungsverzeichnis gemäß Anlage 1.
- (2.) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nicht. Dies gilt selbst dann, wenn der Auftragnehmer sein Angebot unter die Geltung seiner Allgemeinen Geschäftsbedingungen stellt und der Auftraggeber nicht widerspricht.

## **§ 2 VERTRAGSGRUNDLAGEN**

---

Als Vertragsbestandteile des Vertrages gelten in folgender Reihenfolge:

- die Bestimmungen dieses Vertrages
- die Leistungsbeschreibung Anlage 1
- Verlautbarung des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen vom 14. Juli 2005 – Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern einschließlich Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern
- Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. November 2009 (BAnz. Beilage Nr. 196a).
- das Angebot des Auftragnehmers auf der Grundlage der Vergabeunterlagen (Anlage 2)

## **§ 3 LEISTUNGSUMFANG DES AUFTRAGNEHMERS**

---

- (1.) Der Auftragnehmer erbringt die zusätzlichen Beförderungsleistungen nach Maßgabe dieses Vertrages, insbesondere der Festlegungen in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (2.) Der Fahrplan und die Streckenführung richten sich nach der Leistungsbeschreibung. Der Auftragnehmer erstellt eine Aufstellung, aus der die je Linie zurückzulegenden Fahrtkilometer ersichtlich sein müssen. Die Vorgaben der Vertragsbedingungen sind dabei zu berücksichtigen.
- (3.) Die zum Einsatz kommenden Busse des Auftragnehmers müssen jeweils rechtzeitig an den Starthaltestellen der regulär verkehrenden Linienbusse anwesend sein.
- (4.) Zu den Leistungspflichten des Auftragnehmers gehört auch die Wahrnehmung der Aufsichtspflicht gegenüber den beförderungsberechtigten Schülern während der Beförderungszeit, die zu diesem Zweck ausdrücklich vom Auftraggeber an den Auftragnehmer übertragen wird.

- (5.) Zur Beförderung sind Kraftfahrzeuge mit einer ausreichenden Fahrzeug- bzw. Gesamtkapazität pro Fahrt vorzuhalten, die die sichere Beförderung von mind. 50 Schulkindern ermöglicht.
- (6.) Die Kraftfahrzeuge müssen mindestens der Euro-Norm 6 entsprechend und „Nichtraucherfahrzeuge“ sein.

#### **§ 4 PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS/VERTRAGSDURCHFÜHRUNG**

---

- (1.) Der Auftragnehmer hat die beauftragten Leistungen nach bestem Wissen und der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zu erbringen.

Zu den Aufgaben des Auftragnehmers gehört insbesondere das Anstellen des erforderlichen Personals sowie die Bereithaltung und Instandhaltung der erforderlichen Busse. Bei Fahrzeugausfall ist der Auftragnehmer verpflichtet, ein geeignetes Ersatzfahrzeug zu stellen und den Auftraggeber hierüber unverzüglich zu informieren. Fahrzeuge Dritter dürfen nur eingesetzt werden, wenn die Fahrzeuge den vertraglichen Regelungen entsprechen und der Auftraggeber dem Einsatz zugestimmt hat.

- (2.) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Fahrzeuge zu verwenden, die dem als Anlage zu diesem Vertrag beigelegten „Anforderungskatalog für Kraftomnibusse (KOM) und Kleinbusse (Pkw), die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden“ - in der jeweils gültigen Fassung - entsprechen. Der gesamte Inhalt des Anforderungskataloges ist Vertragsbestandteil.
- (3.) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jeweils dafür Sorge zu tragen, dass die auf Grund des gegenwärtigen Vertrages beförderten Fahrgäste den gesetzlichen Vorschriften entsprechend versichert sind.
- (4.) Der Auftragnehmer trägt Sorge dafür, dass die zur Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge als -Schulbus- unter Verwendung des orangefarbenen Schulbusschildes gem. § 33 Abs. 4 BOKraft deutlich gekennzeichnet sind.
- (5.) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, kein Kraftfahrzeug einzusetzen, das älter als sechs Jahre ist.
- (6.) Der Auftragnehmer weist die Schulbusfahrer regelmäßig auf die besonderen Gefahren und Eigenheiten, die sich bei der Schülerbeförderung ergeben, hin und händigt das als Anlage diesem Vertrag beigelegte Merkblatt allen Schulbusfahrern gegen Unterschrift aus.
- (7.) Der Auftragnehmer wird, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen sowie die einschlägigen technischen und gesetzlichen Vorschriften einhalten. Er hat insbesondere durch organisatorische Maßnahmen (Bereitstellung von Ersatzkräften/-Fahrzeugen, Anordnung von

Überstunden) sicherzustellen, dass durch Personal- oder Fahrzeugausfälle die Leistungserbringung nicht beeinträchtigt wird.

- (8.) Der Auftragnehmer befolgt ein Hygienekonzept. Im Hygienekonzept sind im Wesentlichen die Maskenpflicht & Kennzeichnung (Plakat, Aufkleber etc...), vermehrtes Lüften sowie Regelungen für vermehrte Reinigung, Desinfektion, etc. zu regeln. Das Hygienekonzept entspricht mindestens dem Standard der im ÖPNV geltenden Hygienekonzeptvorgaben. Das Hygienekonzept ist laufend zu aktualisieren und den geänderten Standards anzupassen.

Bezüglich des Absehens vom Mindestabstand und der Maskenpflicht innerhalb des Busses wird auf die Hinweise des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus verwiesen, siehe <https://www.km.bayern.de/allgemein/meldung/7047/faq-zum-unterrichtsbetrieb-an-bayerns-schulen.html> (Stichwort Schülerbeförderung).

- (9.) Die Übertragung der Vertragspflichten oder Teilen hiervon auf einen Nachunternehmer ist mit der Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Voraussetzung ist, dass der Nachunternehmer seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen ist und die gewerblichen Voraussetzungen erfüllt. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber auf dessen Anforderung detailliert über die Qualifikation der einzusetzenden Nachunternehmer informieren. Der Auftraggeber kann unter Angabe eines sachlichen Grundes verlangen, dass der Auftragnehmer einen Nachunternehmer nicht mehr im Rahmen des zwischen den Parteien bestehenden Vertragsverhältnisses einsetzt. Die entsprechenden Verträge mit den qualifizierten Unterauftragnehmern schließt der Auftragnehmer im eigenen Namen und für eigene Rechnung ab.

- (10.) Der Auftraggeber kann die Durchführung der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen durch bestimmte qualifizierte Mitarbeiter des Auftragnehmers verlangen. Der Austausch eines Mitarbeiters des Auftragnehmers kann vom Auftraggeber bei Vorliegen eines sachlichen Grundes jederzeit verlangt werden. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere dann vor, wenn im Hinblick auf den Mitarbeiter wiederholt Beschwerden auftreten.

Der Austausch eines Mitarbeiters durch den Auftragnehmer ohne Zustimmung des Auftraggebers ist nur dann zulässig, wenn der eingesetzte Mitarbeiter aus von dem Auftragnehmer nicht zu vertretenden Gründen an der Erbringung der vertraglichen Leistungen verhindert und dadurch die termingerechte Durchführung des jeweiligen Vertrags gefährdet ist.

In jedem Fall ist ein Austausch nur gegen Mitarbeiter mit gleicher Qualifikation zulässig. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber den Austausch von Mitarbeitern rechtzeitig schriftlich ankündigen und diesem die für den Einsatz vorgesehenen neuen Mitarbeiter vorstellen. Der Auftraggeber kann den Einsatz von Mitarbeitern ablehnen, wenn hierfür ein sachlich gerechtfertigter Grund vorliegt.

- (11.) Der Auftraggeber ist befugt, die Beförderungsleistung jederzeit selbst oder durch Beauftragte zu kontrollieren. Der Auftraggeber ist insbesondere befugt, den Zustand der vom Auftragnehmer eingesetzten Fahrzeuge sowie das Fahrpersonal selbst oder durch Beauftragte zu kontrollieren. Dazu hat ihm der Auftragnehmer auf Verlangen Zutritt zu den entsprechenden Fahrzeugen zu gewähren.
- (12.) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Beförderung der beförderungsberechtigten Schüler/innen zu überwachen. Er ist auch berechtigt, Anordnungen gegenüber dem Auftragnehmer zu treffen.
- (13.) Die Gewährleistung der Sicherheit der beförderten Schüler/innen hat oberste Priorität. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur technisch einwandfreie Fahrzeuge und Kraftfahrzeugführer einzusetzen, die die notwendige Zuverlässigkeit besitzen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer bei Vorliegen eines wichtigen Grundes den Fahrer vom Einsatz zurückzuziehen.

## **§ 5 PERSONAL**

---

- (1.) Der Auftragnehmer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte. Er verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges und geeignetes Personal für die Leistungsdurchführung einzusetzen. Der Auftragnehmer beschäftigt keine Person, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 180, 180 a, 181 a, 182, 183 bis 184 f, 225, 232 bis 233 a, 234, 235 oder 236 Strafgesetzbuch (StGB) verurteilt worden ist. Arbeitskräfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind auf Verlangen des Auftraggebers abzulösen. Der Auftraggeber ist berechtigt, das Personal auf Zuverlässigkeit und Eignung zu überprüfen.
- (2.) Der Auftragnehmer nimmt das als Anlage diesem Vertrag beigelegte Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern persönlich zur Kenntnis und verpflichtet sich, das Merkblatt dem eingesetzten Fahrpersonal gegen Unterschrift zur Kenntnis auszuhändigen.
- (3.) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das eingesetzte Personal regelmäßig auf die besonderen Gefahren hinzuweisen, die bei der Schülerbeförderung auftreten. Insbesondere hat der Auftragnehmer zu erhöhter Vorsicht und Aufmerksamkeit anzuhalten.
- (4.) Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache. Soweit es sich bei dem eingesetzten Personal (Fahrpersonal und Begleitperson) des Auftragnehmers um Personen ausländischer Nationalität handelt, müssen ihre Kenntnisse der deutschen Sprache für die Erfüllung der Aufgaben ausreichen. Eine Verständigung in deutscher Sprache mit allen Beteiligten muss gewährleistet sein.
- (5.) Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin
- a) das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vom 23. Juli 2004 (in der jeweils geltenden Fassung) zu beachten.
  - b) Arbeitsverträge auch bei geringfügig Beschäftigten schriftlich abzuschließen.

- c) ausländische Arbeitnehmer/-innen nur mit gültigen Arbeitsgenehmigungen zu beschäftigen; auf Verlangen des Auftraggebers ist dies nachzuweisen.
- d) seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachzukommen.
- e) bei der Ausführung der Leistungen keine Bundesfreiwilligendienstleistenden einzusetzen, es sei denn, er weist dem Auftraggeber nach, dass sie nach einer nach § 8 BFDG abzuschließenden Vereinbarung exakt für diese Tätigkeit berechtigt sind.
- f) Seine Mitarbeiter mindestens entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn, sofern und soweit gesetzlich anwendbar, zu bezahlen und etwaig beauftragte Nachunternehmer ebenfalls zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns zu verpflichten; der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber bei Verstößen gegen die Regelungen des Mindestlohngesetzes von allen Ansprüchen im Innenverhältnis frei.

- (6.) Der Auftragnehmer hat durch organisatorische Maßnahmen (Bestellung von Ersatzkräften, Anordnung von Überstunden) sicherzustellen, dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Leistungserbringung nicht beeinträchtigt wird.
- (7.) Das Personal des Auftragnehmers, welches bei der Leistungsausführung zum direkten Einsatz kommt muss über ein erweitertes und eintragungsfreies Führungszeugnis verfügen. Die Führungszeugnisse sind dem Auftraggeber jeweils eine Woche vor Einsatz des Personals unaufgefordert einzureichen.

## § 6 VERGÜTUNG

---

- (1.) Der Auftragnehmer erhält für die ihm nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen die angebotene Tagespauschale. Die Zahlung ist monatlich im Nachhinein nach Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer fällig. Bei diesem Preis handelt es sich um einen Festpreis für die Dauer des Vertrags, soweit nicht etwas Anderes in diesem Vertrag vereinbart ist. Die Rechnung ist einzureichen bei Gemeinde Poing, Fachbereich 4 – Generationen und Bildung / SG 4.1 – Rathausstraße 3, 85586 Poing.
- (2.) Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich jeweils bis zum 10. Werktag eines Folgemonats und ist innerhalb von 21 Tagen zur Zahlung fällig.
- (3.) Innerhalb der Laufzeit des Vertrages kann der Auftragnehmer neue Vergütungssätze nur auf Grund eines neuen Tarifvertrages und/oder eines die lohnwirksamen Sozialaufwendungen ändernden Gesetzes und/oder aufgrund von Steigerungen des Verbraucherindex des Bundesamtes für Statistik verlangen.

Im Falle künftiger

tarifbedingter Lohnänderungen oder

bei Änderungen der gesetzlichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen oder



bei Änderungen der tariflichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen oder  
bei Änderungen des Verbraucherindex des Bundesamtes für Statistik.

sind nur die Lohn- und lohnabhängigen Kostenanteile an diesen Vergütungssätzen bis zur Höhe des Prozentsatzes der Lohnänderungen und/oder der Änderung der gesetzlichen und tariflichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen zu erhöhen.

Der Nachweis der Lohnänderung bzw. der Änderung der gesetzlichen bzw. tariflichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen ist von dem Auftragnehmer durch Vorlage des alten und neuen Tarifvertrages oder Arbeitsvertrages bzw. der Nachweise über die Änderung der gesetzlichen bzw. tariflichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen zu führen. Ferner hat der Auftragnehmer auf Anforderung die Auswirkungen von vorgenannten lohnwirksamen Veränderungen auf den Anteil der Löhne und lohnabhängigen Kosten an der vereinbarten Vergütung durch Vorlage einer spezifizierten Berechnung und ggf. erforderlicher sonstiger Berechnungsunterlagen nachzuweisen.

Die Erhöhung oder Ermäßigung der Vergütung tritt am Tage des Inkrafttretens des neuen Tarifvertrages oder Arbeitsvertrages bzw. der Änderung der gesetzlichen Sozialaufwendungen ein.

Macht der Auftragnehmer die Erhöhung der Vergütung nicht spätestens 1 Monat nach Inkrafttreten des Tarifvertrages, der gesetzlichen Regelung und/oder der Änderung des Verbraucherindex schriftlich geltend, so tritt die Erhöhung der Vergütung erst mit dem Monat der Antragstellung ein.

## **§ 7 LEISTUNGSÄNDERUNGEN**

---

- (1.) Während des Vergabeverfahrens bzw. während Vertragslaufzeit können sich Änderungen im Leistungsumfang etwa durch den Ausfall von Präsenzunterricht, durch (Teil-)Schließung von einzelnen oder mehreren Schulen, Änderungen der Schul- und Ferienzeiten, ergeben. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die durch den Auftraggeber geänderte Beförderungsverpflichtung im Rahmen der Leistungsfähigkeit zu übernehmen.
- (2.) Pandemiebedingt ist eine kurzfristige Anordnung von Teilbeschulung und/oder der Entfall des Präsenzunterrichts weiterhin nicht auszuschließen. Sollten Schulen, im Rahmen der vertraglich geschuldeten Beförderungsleistungen von solchen Anordnungen betroffen sein, dann ist ein Aussetzen des Beförderungsvertrags möglich. Der Zeitpunkt des Aussetzens beginnt ab dem Folgetag einer entsprechenden Mitteilung des AG schriftlich per E-Mail. Die Dauer der Aussetzung endet an dem Schultag, welchen der AG schriftlich per E-Mail so frühzeitig wie möglich - spätestens am Vortag der Wiedereinsetzung - dem AN mitteilt. In diesem Fall werden die Parteien sich einvernehmlich Vergütungsanpassung einigen. Soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Schulbusse nicht anderweitig zum Einsatz bringen kann, werden die nicht variablen Fixkosten mit einem Anteil von 20 % von dem Vergütungsanspruch abgezogen.

- (3.) Ferner sind Änderungen des Leistungsumfanges aufgrund Veränderungen der Schülerzahl während der Vertragslaufzeit möglich. In diesem Fall verkürzt sich der Vergütungsanspruch entsprechend.
- (4.) Soweit Leistungsänderungen zu einer Erhöhung des Leistungsumfanges führen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese Leistungen zu den Konditionen seines Angebotes (Anlage 2) zu erbringen.

## **§ 8 BEHINDERUNG DES AUFTRAGNEHMERS**

---

- (1.) Sieht sich der Auftragnehmer in der Durchführung der Leistungen durch Umstände, welche der Auftragnehmer nicht zu vertreten, behindert, so wird er dies dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die eine Leistungserbringung dennoch ermöglichen.
- (2.) Die jeweilige Behinderungsmitteilung wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachträglich in Schriftform zur Verfügung stellen. Unterbleibt die unverzügliche Mitteilung, so kann sich der Auftragnehmer später auf diese Umstände nicht berufen.

## **§ 9 HAFTUNG /VERSICHERUNGEN**

---

- (1.) Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für alle Schäden, die bei Durchführung des Vertrages entstehen.
- (2.) Die Haftung des Auftraggebers für solche Schäden, welche dem Auftragnehmer bei Durchführung des Vertrages entstehen, ist ausgeschlossen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen freizuhalten, die von Fahrgästen oder Dritten wegen der in diesem Vertrag vereinbarten Beförderung erhoben werden, es sei denn, das Schaden verursachende Ereignis beruht auf einem Verschulden von Personen, für die der Auftraggeber einzustehen hat.
- (3.) Der Auftragnehmer hat das Bestehen folgender Versicherung nachzuweisen und während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten:
- KFZ-Haftpflicht mit unbegrenzter Deckung
  - Personen-, Vermögens- und Sachschadenversicherungen:
    - o Betriebshaftpflicht mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Millionen Euro pro Schadensfall
    - o Insassenunfallversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 15 Millionen Euro pro Schadensfall – Unterauftragnehmer inkludiert

Die Versicherungen müssen bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut abgeschlossen worden sein. Die Versicherungen muss während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten und nachgewiesen werden. Der Bieter hat zu gewährleisten,

dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. Liegt der geforderte Versicherungsschutz oberhalb der Basisversicherung des Bieters, kann der Bieter den geforderten Versicherungsschutz auch durch Abschluss einer Projektversicherung oder durch Zusatzdeckung durch Abschluss einer zu seiner Basisversicherung hinzutretenden Versicherung (Exzedentenversicherung) erbringen. Ein Versicherungsnachweis über die geforderten Versicherungen beziehungsweise eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Erhöhung der Versicherungen im Auftragsfall muss dem Angebot zwingend beigelegt werden.

## **§ 10 GEHEIMHALTUNG**

---

- (1.) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle vertraulichen Informationen, Unterlagen und sonstige Hilfsmittel, die er im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrags erhält, nur zur Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Auftraggeber zu verwenden. Er verpflichtet sich außerdem, alle vertraulichen Informationen, die ihm im Rahmen des Vertrags und seiner Durchführung bekannt werden, sowie den Abschluss, Gegenstand und Inhalt des Vertrags geheim zu halten und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Kenntnisaufnahme und Verwertung durch Dritte zu verhindern. Denjenigen Personen, die unmittelbar im Rahmen der Durchführung des Vertrags mitwirken, darf der Auftragnehmer vertrauliche Informationen nur so weit offenbaren, wie dies zur Durchführung des Vertrags erforderlich ist. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Einhaltung dieser Verpflichtung auch durch seine Mitarbeiter und sonstigen Erfüllungsgehilfen sicherzustellen. Vertrauliche Informationen sind nur solche Informationen, die nicht allgemein zugänglich oder öffentlich bekannt sind. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch nach Beendigung des Vertrags fort.

Der Auftraggeber verpflichtet sich zur Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers; der Auftragnehmer wird den Auftraggeber stets vorab schriftlich darauf hinweisen, bei welchen Informationen bzw. Materialien, etc. es sich um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt. Sonstigen Dritten darf er diese nur zugänglich machen, wenn diese ebenfalls zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

- (2.) Von der vorstehenden Vertraulichkeitsverpflichtung sind folgende Fälle ausgenommen:
- Know-how, das sich bereits rechtmäßig im Besitz des Empfängers befindet und keiner Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegt
  - Know-how, das der Empfänger ohne Vertraulichkeitsverpflichtung in rechtmäßiger Weise von einem Dritten erhalten hat
  - Unabhängige Eigenentwicklungen einer Partei
  - Allgemein verfügbares Know-how
  - Know-how, das nach Abschluss der Leistungen ohne Vertragsbruch des Empfängers allgemein verfügbar wurde,
  - Offenlegung zur rechtlichen Beratung oder im Rahmen von Prozessen

- Die andere Partei stimmt einer Aufhebung der Vertraulichkeitsverpflichtung vorher schriftlich zu.
- (3.) Der Auftragnehmer ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, den Auftraggeber als Referenzkunden in seiner Referenzliste anzugeben oder diese sonst im Rahmen von Veröffentlichungen oder Werbemaßnahmen zu benennen. Entsprechendes gilt für die Verwendung des Logos des Auftraggebers.

## **§ 11 DATENSCHUTZ UND SICHERHEIT**

---

- (1.) Soweit der Auftragnehmer bei seinen Arbeiten am Vertragsgegenstand personenbezogene Daten zu verarbeiten hat, wird er die Datenschutzgesetze beachten, Maßnahmen zur Datensicherung mit dem Auftraggeber vereinbaren und es diesem ermöglichen, sich über die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu informieren. Der Auftragnehmer wird, die ihm anvertrauten, personenbezogenen Daten nur entsprechend den Vorgaben des Auftraggebers nutzen und sie insbesondere nicht an Dritte weitergeben.

Dem Auftragnehmer ist es weder vor noch nach Beendigung des Vertrags gestattet, dass ihm während der Durchführung des Vertrags vom Auftraggeber übermittelte sowie das zusammen mit diesem erarbeiteten Know-how für sich oder Dritte zu verwerten. Nach Beendigung des Vertrags sind sämtliche schriftlichen Unterlagen und sonstigen Datenträger, die Know-how enthalten, an den Auftraggeber zurückzugeben und dies auf Wunsch schriftlich zu bestätigen.

- (2.) Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, im Rahmen der Vertragsdurchführung personenbezogene Daten aus dem Bereich des Auftraggebers oder mit diesem verbundenen Unternehmen in ein Land außerhalb der europäischen Union zu übermitteln, hat er dies dem Auftraggeber zuvor schriftlich mitzuteilen. Eine solche Übermittlung von Daten ist nur nach vorangehender ausdrücklicher und schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers und bei Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen zulässig.
- (3.) Dieser Vertrag kann vom Auftraggeber fristlos gekündigt werden, wenn der Auftragnehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen bzgl. Datenschutz und Informationssicherheit schwer und schuldhaft verletzt. Darüberhinausgehende Rechte und Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

## **§ 12 HERAUSGABE VON MATERIALIEN**

---

Der Auftragnehmer wird auf Anforderung des Auftraggebers alle Unterlagen, Materialien und Hilfsmittel (insbesondere auch Datenträger), die er im Zusammenhang mit der Leistungserbringung vom Auftraggeber erhalten oder erstellt hat, einschließlich Kopien an den Auftraggeber herausgeben: Kopien darf der Auftragnehmer behalten, wenn und soweit dies für den Nachweis der Leistungserbringung erforderlich ist; diese unterfallen jedoch den

vertraglichen Geheimhaltungsverpflichtungen. Auf Anforderung des Auftraggebers ist der Auftragnehmer verpflichtet, alle ihm vom Auftraggeber überlassenen Daten bzw. sonst digitalisierten Inhalte und Materialien dauerhaft zu löschen, soweit dies mit vernünftigem Aufwand möglich ist. Zu einer Löschung oder Herausgabe ist der Auftragnehmer jedoch nicht verpflichtet, soweit er gesetzlich verpflichtet ist, die Unterlagen und/oder deren Kopien aufzubewahren.

## **§ 13 LAUFZEIT UND KÜNDIGUNG**

---

- (1.) Der Vertrag tritt mit Zuschlag in Kraft. Die Beförderungspflicht beginnt nach Ende der Sommerferien mit dem Unterrichtstag 15.09.2026 und gilt bis zum Ablauf des 26.07.2030, dem letzten Unterrichtstag vor den Sommerferien. Der Vertrag kann von Seiten des Auftraggebers optional um 12 weitere Monate verlängert werden.
- (2.) Das Recht beider Vertragsparteien zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn
  - eine Partei ihre vertraglichen Verpflichtungen in einer Weise verletzt, die es der anderen Partei unzumutbar macht, an dem Vertragsverhältnis festzuhalten; oder
  - unzutreffende Erklärungen in Bezug auf die Zuverlässigkeit sowie Fachkunde und Leistungsfähigkeit gemäß §§ 123, 124 GWB abgegeben wurden, oder
  - der Auftragnehmer unzutreffende Angaben im Hinblick auf die fachliche Eignung des Projektleiters oder dessen Stellvertreter getätigt hat, oder
  - Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen oder andere zwingend einzuhaltende Normen, wie insbesondere die als allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge, dem Mindestlohngesetz (MiLoG) oder dem Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit (SchwarzArbG) vorliegen, oder
  - über eine Partei ein Insolvenzantragsverfahren anhängig ist und nicht innerhalb eines Zeitraums von 14 Tagen aufgehoben wird; dem steht es gleich, wenn wegen Überschuldung oder Illiquidität ein außergerichtlicher Schuldenbereinigungsversuch unternommen wird, oder
  - der Auftragnehmer sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen beteiligt, oder
  - der Auftragnehmer gegen die Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung verstößt bzw. solche Verstöße eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers duldet, oder
  - die geforderten Versicherungsnachweise des Auftragnehmers nicht vorgelegt wurden, oder
  - die in Auftrag gegebenen Leistungen vom Auftragnehmer nicht zu dem vom Auftraggeber genannten Zeitpunkt ausgeführt werden und trotz schriftlicher Mahnung keine Abhilfe geschaffen wurde, oder
- (3.) Hat der Auftragnehmer die vorzeitige Vertragsbeendigung zu vertreten, steht dem Auftragnehmer nur dann ein Anspruch auf Ausgleich der vertraglichen Vergütung für bereits erbrachte Leistungen zu, wenn

- die Leistungen bereits abnahmereif erbracht wurden und
- der Auftraggeber ein Interesse an der Übertragung der Nutzungsrechte gemäß Ziffer 8 dieses Vertrages an den teilerbrachten Leistungen hat.

Hat der Auftraggeber die vorzeitige Vertragsbeendigung zu vertreten, findet § 648 BGB Anwendung.

(4.) Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

## **§ 14 ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT, AUFRECHNUNGSRECHT**

---

- (1.) Zurückbehaltungsrechte stehen dem Auftragnehmer nur zu, wenn der Anspruch des Auftragnehmers, auf den er das Zurückbehaltungsrecht stützt, unbestritten, anerkannt, rechtskräftig festgestellt oder entscheidungsreif ist und auf demselben Rechtsverhältnis beruht.
- (2.) Aufrechnungsrechte stehen dem Auftragnehmer nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Auftraggeber anerkannt sind.

## **§ 15 ARBEITNEHMERÜBERLASSUNG**

---

- (1.) Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeiter nur zur Erfüllung seiner jeweiligen Leistungspflichten einsetzen. Eine Arbeitnehmerüberlassung findet nicht statt.
- (2.) Sollte im Zusammenhang mit der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer die Möglichkeit bestehen, dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) zur Anwendung kommt, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich zu informieren und Maßnahmen zu ergreifen, um den gesetzlichen Vorgaben des AÜG gerecht zu werden.
- (3.) Der Auftraggeber achtet darauf, dass keine in seiner Sphäre liegende Maßnahmen getroffen werden, die zu einer Anwendung des AÜG führen könnten
- (4.) Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass der Auftraggeber im Zusammenhang mit der Leistungserbringung des Auftragnehmers keine rechtlichen Nachteile auf Grund von Bestimmungen des AÜG oder wegen des Einsatzes von selbständigen Mitarbeitern des Auftragnehmers erleidet.
- (5.) Falls dem Auftraggeber durch einen Verstoß des Auftragnehmers gegen das AÜG oder durch den Einsatz von selbständigen Mitarbeitern arbeits- oder sozialversicherungsrechtliche Kosten entstehen, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hiervon unverzüglich freistellen. Von dieser Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers sind auch alle Kosten erfasst, welche der Auftraggeber aufwenden muss, um sich gegen eine Inanspruchnahme Dritter wegen etwaiger

arbeits- und/oder sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche außergerichtlich oder gerichtlich in angemessener Weise zu verteidigen.

## **§ 16 ALLGEMEINES GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ**

---

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu beachten. Danach sind Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität grundsätzlich unzulässig. Eine unterschiedliche Behandlung von Teilnehmern aufgrund eines der oben genannten Merkmale ist lediglich dann zulässig, wenn die Ungleichbehandlung eine wesentliche, entscheidende und angemessene berufliche Anforderung darstellt und der Zweck rechtmäßig ist. Eine unterschiedliche Behandlung ist auch dann zulässig, wenn durch geeignete und angemessene Maßnahmen bestehende Nachteile wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes ausgeglichen werden soll (sog. positive Maßnahmen).

## **§ 17 DIVERSITY MANAGEMENT**

---

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen des Diversity Management die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern, die positive Wertschätzung der individuellen Verschiedenheit, das Erreichen einer produktiven Gesamtatmosphäre, das Verhindern der sozialen Diskriminierung von Minderheiten und die Verbesserung der Chancengleichheit von vornherein und regelmäßig bei der Durchführung der Leistung zu berücksichtigen.

## **§ 18 PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

---

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Nutzung des geschützten Logos und Namens des Auftraggebers, für Dritte bestimmte Informationen und Berichte sowie der Inhalte dieses Projektes rechtzeitig vorher mit dem Auftraggeber abzustimmen.

## **§ 19 SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

---

- (1.) Nebenabreden oder Änderungen zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Form. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.
- (2.) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit des Vertrages insgesamt nicht davon berührt. Die Vertragspartner sind im Rahmen des Zumutbaren nach Treu und Glauben verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame zu ersetzen, die unter Berücksichtigung der beiderseitigen wirtschaftlichen

Interessen dem Vertragsziel am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für den Fall, dass dieser Vertrag Lücken enthalten sollte.

(3.) Ausschließlicher Gerichtsstand ist für beide Vertragsparteien ist Ebersberg.

(4.) Es gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss aller Rechtsnormen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen.

....., den ..... .., den .....

.....

Stempel und Unterschrift

.....

Stempel und Unterschrift